

# ENERGIE- UND KLIMASCHUTZ:

## eine Wende in der Praxis lässt auf sich warten!

*Auch ein Jahr nach der Übernahme der Regierungsgeschäfte durch die blau-rot-grüne Koalition muss leider festgestellt werden: Luxemburg gehört immer noch zu den weltweit größten pro Kopf-Emittenten von Treibhausgasen. Kein Wunder, denn an den Grundlagen für Tanktourismus und Co. hat sich bisher noch nichts geändert. Umso ärgerlicher ist, dass bei der Umsetzung der EU-Richtlinie zur Energieeffizienz doch so einiges von dem verloren ging, was sich die Regierung auf ihre Fahne geschrieben hat. Und auch in Sachen Förderung von Erneuerbaren Energien hat sich bisher wenig getan.*

*Immerhin: wohl auch durch die besondere Rolle, die Luxemburg Ende 2015 aufgrund seines EU-Rats-Vorsitzes bei den internationalen Klimaschutzverhandlungen einnehmen wird, kam einiges in Bewegung - allerdings bisher ausschließlich in der Theorie, nicht in der Praxis: Auf EU-Ebene wurde sich für ambitionöse Klimaziele ausgesprochen, national wurde u.a. eine Studie zum Tanktourismus in Auftrag gegeben und ein Spezialausschuss des Parlamentes ins Leben gerufen mit dem Ziel, einen "Débat d'orientation" zur nationalen Energie- und Klimapolitik vorzubereiten.*

*Der Mouvement Ecologique versucht weiterhin, durch Information, Sensibilisierung und Lobbyarbeit einen Beitrag zur notwendigen Energiewende zu leisten. Und drängt darauf, dass Klimaschutz und Energiewende nicht nur auf dem Papier und in Reden thematisiert, sondern in der konkreten politischen Arbeit endlich auch angepackt werden müssen.*

### Ankämpfen gegen das Schweigen im Walde: Mouvement Ecologique fordert weiterhin eine nachhaltige Energiestrategie für Luxemburg

Still, sehr still ist es geworden um das hehre Ziel des Wirtschaftsministeriums, eine umfassende Energiestrategie für unser Land zu erstellen.

Unter dem Titel „**Eine nachhaltige Energiestrategie für die Zukunft – im Interesse von Umwelt, Wirtschaft und BürgerInnen**“ erarbeitete der Mouvement Ecologique deswegen eigene Vorschläge - sowohl zum Prozess wie zum Inhalt einer solchen Strategie - und verschickte sie an alle Akteure. Kernelemente waren hier u.a. die Forderung nach:

- einer neugestalteten Einspeisevergütung für Photovoltaik mit dem Ziel, bis 2020 mindestens 500 MW an PV in Luxemburg installiert zu haben;
- der Erstellung eines öffentlichen Windkatasters im Einklang mit Natur- und Landschaftsschutz;
- einer Strategie zur nachhaltigen energetischen Nutzung von Biomasse auf Basis einer Analyse der Stoffströme;
- dem konsequenten Ausbau von KWK-Anlagen auf Basis von Erdgas oder Biomasse;
- neuen Impulsen zur Sanierung des Gebäudebestandes (Nutz- und Wohngebäude) mit einem besonderen Augenmerk auf den Mietbereich.



Natürlich wurde diese Strategie begleitet von der Aufforderung, dieses Dossier wieder aufzugreifen und zu einem positiven Abschluss zu bringen. Bisher allerdings mit ernüchternder Resonanz.

Man kann nur hoffen, dass die Schaffung einer Spezialkommission des Parlamentes mit dem Auftrag, eine Orientierungsdebatte zu Energie und Klimapolitik vorzubereiten, dieser Thematik wieder Auftrieb geben wird. Und es dann - spätestens nach der EU-Ratspräsidentschaft - endlich konkret wird!

### Effizienz – vollkommen ungenügende Gesetzesvorlagen

Energieeffizienz ist - neben dem Ausbau der Erneuerbaren Energien - der Pfeiler einer nachhaltigen Energiewende. Gesetzesentwürfe zu diesem Thema sollten deswegen ambitioniert und weitreichend sein, um dieser Herausforderung auch gerecht zu werden. Die in der 2. Jahreshälfte durch das Wirtschaftsministerium vorgelegten Entwürfe zur Umsetzung der EU-Energieeffizienzrichtlinie werden diesem Anspruch jedoch nicht gerecht.

Denn hierin werden alle Möglichkeiten genutzt, um das Effizienz-Ziel abzuschwächen - und dies obwohl das Koalitionsabkommen versprach, Luxemburg werde eine Vorreiterrolle in der Großregion übernehmen! Zudem werden in den vorliegenden Entwürfen nur der Gas- und der Stromsektor angesprochen, nicht aber andere Energieträger, wie z.B. Heizöl, Benzin, Diesel oder Kerosin.

Andere, durchaus positive Möglichkeiten der EU-Richtlinie wurden hingegen ignoriert, z.B. jene, soziale Härtefälle (Stichwort Energiearmut) zu mildern sowie Kosten und Gewinne der Energieeffizienz-Programme gerecht auf verschiedene Konsumentengruppen zu verteilen.

In einer Stellungnahme zu den Gesetzesentwürfen mahnte der Mouvement Ecologique erheblichen Nachbesserungsbedarf an. Es folgten Unterredungen mit Parlamentariern der zuständigen Kommission der Abgeordnetenversammlung.



### Erneuerbare Energien

Der Anteil der in Luxemburg produzierten Erneuerbaren Energien am nationalen Energieverbrauch ist immer noch beschämend gering. So wurden im Jahr 2013 nur ca. 0,7% des luxemburgischen Primärenergieverbrauchs aus Wasserkraft, Wind- und Sonnenenergie hierzulande erzeugt.

Dabei existieren durchaus Potentiale, vorrangig bei Wind- und Solarenergie. Der vom Mouvement Ecologique schon mehrfach geforderte, neue Windkataster im Einklang mit Natur- und Landschaftsschutz wurde 2014 seitens des MDDI wohl in Auftrag gegeben, liegt aber noch nicht vor. Es bleibt abzuwarten ob er, nach seiner hoffentlich baldigen Veröffentlichung, eine neue Aufbruchsstimmung im Sektor der Windenergie verbreiten kann.

Frischen Schwung täte auch der Solarenergie gut. Weswegen der Mouvement Ecologique auch weiterhin fordert, dass auch große PV-Anlagen wieder in den Genuss eines garantierten Einspeisetarifs kommen müssen. Bis 2020 sollte es so möglich sein, mindestens 500 MW an PV-listung in Luxemburg zu installieren, was im Vergleich zu unseren deutschen Nachbarn immer noch recht wenig ist.



## Kommunaler Klimapakt

Mittlerweile haben fast alle Gemeinden im Land den Klimapakt mit dem Staat unterzeichnet. Während in vielen Kommunen die Klimateams noch mit einer umfassenden lokalen Bestandsaufnahme beschäftigt sind, so ist es einer wachsenden Zahl von Gemeinden mittlerweile schon gelungen, sich im Rahmen des Klimapaktes zertifizieren zu lassen und somit auch in den Genuss von staatlichen Subsidien zu kommen.

Es besteht also weiterhin die konkrete Aussicht, dass durch den Klimapakt vielerorts eine lokale/regionale Dynamik in Sachen Klimaschutz und Energiewende entsteht und durch die Bereitstellung von finanziellen Mitteln auch konkrete Projekte umgesetzt werden können. Immerhin wurde der Fonds pour la protection de l'environnement, aus dem kommunale Projekte unterstützt werden, aufgestockt.

## Nationalen Aktionskomitee géint Atomkraft

Das nationale Aktionskomitee gegen Atomkraft hat 2014 von den französischen Debatten über eine nationale Energiewende profitiert, um den Remicher Appel zu organisieren. Hierfür trafen sich Ende Mai Parlamentarier, Regierungsvertreter und kommunale Delegierte aus dem 3-Ländereck Luxemburg, Saarland und Rheinland-Pfalz im Moselstädtchen, um an die französische Nationalversammlung zu appellieren, im Rahmen der „transition énergétique“ die grenznahen AKW's wie Cattenom zu schließen. Dieser Appel wurde an alle französischen Abgeordneten in Paris verschickt.



Parallel dazu forderte das Aktionskomitee in mehreren Unterredungen mit Vertretern der Luxemburger Regierung, ihre Ablehnung der Atomkraft sowohl auf bilateraler wie auch auf EU-Ebene zu bekräftigen. Mit einigem Erfolg, wird Luxemburg sich doch der Klage Österreichs gegen das Finanzierungsmodell des geplanten neuen Reaktors in Hinkley (GB) anschließen. Auch gegen die Pläne Belgiens, die Laufzeit einiger Reaktoren nochmals zu verlängern, hat Luxemburg Protest eingelegt.

## VotumKlima

Vertreter der Plattform Votum Klima trafen sich 2014 mehrfach mit Umweltministerin Carole Dieschbourg und Staatssekretär Camille Gira zu nationalen und europäischen Klima- und Energiethemen. Schwerpunkt der Diskussion waren u.a. die europäischen Klimaschutzziele bis 2030.

Votum Klima begrüßte ausdrücklich in diesem Kontext, dass sich die luxemburgische Regierung einer Gruppe von EU-Staaten angeschlossen hatte, die sich für weitreichende Ziele beim Klimaschutz und den Erneuerbaren Energien einsetzte.

Neben der EU-Klima- und Energiepolitik wurden bei der Unterredung auch Themen der nationalen Klima- und Energiepolitik besprochen.

Votum Klima stimmte mit der Kritik von Ministerin Dieschbourg und Staatssekretär Gira an der Einkaufspraxis der Flexiblen Mechanismen der vorherigen Regierungen überein und begrüßte, dass daraus Konsequenzen gezogen werden müssen. Votum Klima begrüßte in diesem Zusammenhang ebenfalls die Zusage, einen Stufenplan zur Finanzierung von Klimaschutzmaßnahmen in den Entwicklungsländern in Angriff zu nehmen.

